



V AMBASSADE DE SUISSE
AU JAPON

382.0. - STD/ro

Tokio, den 18. Januar 1968

VERTRAULICH

Herrn Botschafter Pierre Micheli
Generalsekretär des Eidgenössischen Politischen Departements

3003 B e r n

Politischer Brief

US-Flottenbesuch in Sasebo

an					c/o
Datum					23-1
Visa					Hf
EPD		23. Jan. 1968			
Ref. p.A. 21.31. Tokio.					

Herr Botschafter,

Bereits im vergangenen November hatte Washington die japanische Regierung auf diplomatischem Wege von dem für den Monat Januar 1968 vorgesehenen Besuch des amerikanischen, mit Atomtrieb versehenen Flugzeugträgers "Enterprise" unterrichtet. Nach der bestehenden bilateralen Rechtslage war das Einholen einer Genehmigung nicht erforderlich. Als Grund wurde Erholung für die Mannschaft angeführt. Die Einfahrt der "Enterprise" in den Hafen von Sasebo, der sich etwa 1'300 km südwestlich von Tokio befindet und zur hochindustrialisierten und dichtbevölkerten Insel Kyushu gehört, begleitet von der ebenfalls atomangetriebenen Fregatte Truxtun und dem konventionellen Zerstörer Halsey, war auf den 18. Januar festgesetzt, könnte aber um 1 bis 2 Tage hinausgeschoben werden.

Schon bei der Bekanntgabe der amerikanischen Absicht drohten die drei japanischen Oppositionsparteien sowie der linke Flügel der Studentenschaft mit scharfen Demonstrationen. Die konkreten Pläne für deren Durchführung haben ein derartiges Ausmass angenommen, dass die Regierung ernstlich beunruhigt ist. Man rechnet in Sasebo mit der Anwesenheit von 30'000 aus dem ganzen Land kommenden und selbst zu Gewalttätigkeiten entschlossenen Demonstranten, vor allem Studenten. Für die Regierung besteht die



Schwierigkeit darin, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach der Verfassung den lokalen Behörden obliegt, deren Polizeikräfte relativ schwach sind. Wegen der Regionalautonomie unterstehen Verstärkungen aus anderen Landesteilen dem lokalen Polizeikommandanten, so dass der Einfluss der Zentrale gering ist. Die Entschlossenheit der Gegner des Flottenbesuches soll das gleiche Ausmass erreicht haben wie im Jahre 1960, als durch Studentendemonstrationen zuerst der damalige Premierminister Kishi zum Rücktritt gezwungen und anschliessend der Staatsbesuch Präsident Eisenhowers in Japan verhindert wurden.

Von seiten der Regierung nahestehender Zeitungen wird darauf hingewiesen, dass - in gleicher Weise wie die USA zum Flottenbesuch - die Opposition angesichts der in der Verfassung garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu Demonstrationen berechtigt sei.

Man fragt sich hier, weshalb die beiden Regierungen, obschon die sich daraus ergebende Spannung voraussehbar war, den in Frage stehenden Entschluss gefasst hatten. Massgebende Kommentatoren vertraten in der Presse folgende Auffassungen:

- Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die im Jahre 1970 erfolgende Verlängerung des Beistandspaktes mit den USA
- Schockwirkung gegen die japanische "Allergie" mit Bezug auf alles, was mit Atomwaffen zu tun hat
- Vorbereitung auf weitere Besuche in Tokio viel näher gelegenen Häfen der Hauptinsel sowie auf solche von Atomwaffen tragenden Unterseebooten.
- Beweis, dass der USA-Japan-Sicherheitspakt noch immer funktioniert und dies gegenüber der öffentlichen Meinung beider Länder und vor allem auch nach aussen demonstriert werden soll.

Die sich abzeichnende Verspätung beim Eintreffen der drei Schiffe in dem Hafen Sasebo ist wahrscheinlich nicht auf das schlechte Wetter zurückzuführen, sondern entspricht dem Wunsch, die bereits bis zum Letzten vorbereiteten Demonstrationen, die

- 3 -

weder abgeblasen noch verschoben werden können, sich totlaufen zu lassen.

Man sieht der sich abzeichnenden Kraftprobe, die für die Regierung Sato innen- und aussenpolitisch von erheblicher Bedeutung sein wird, mit Interesse entgegen.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Stadelhofer